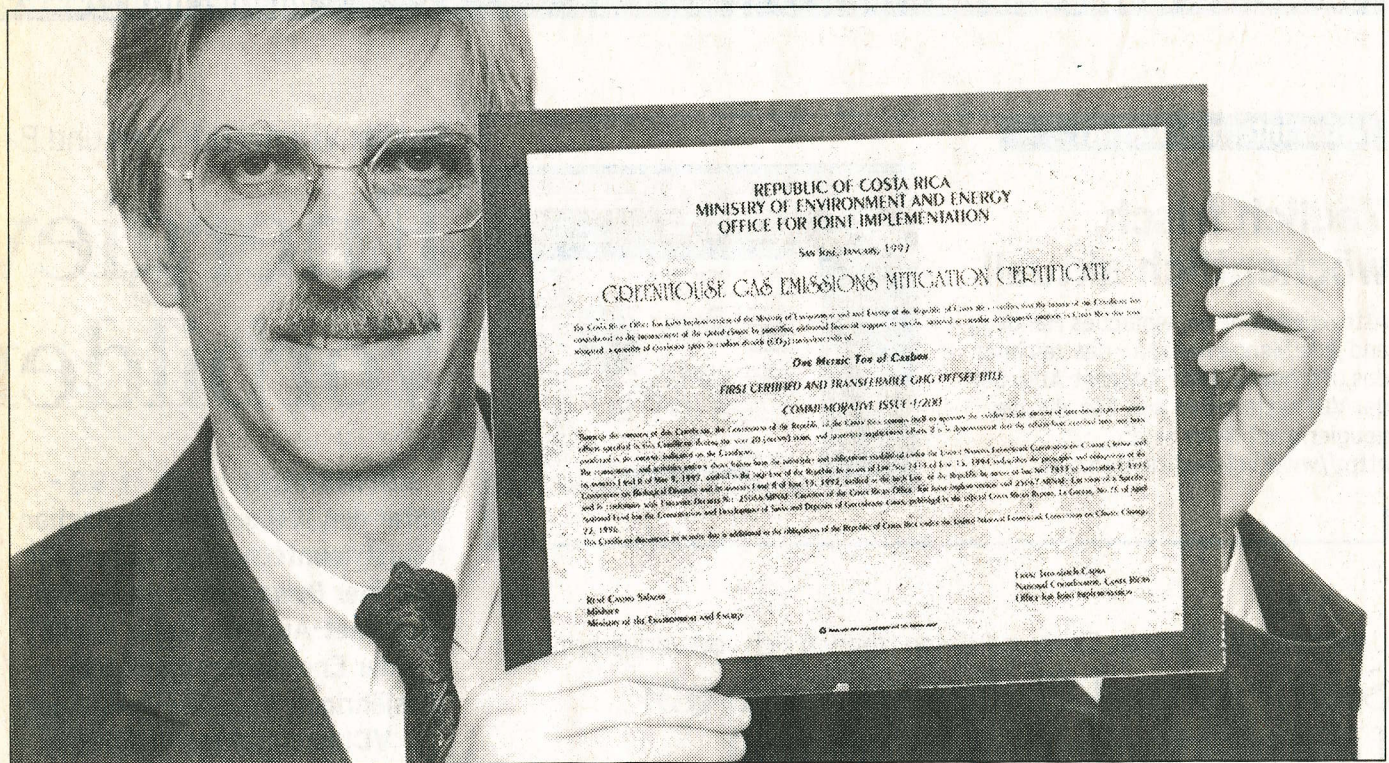


Standpunkt: Jürgen Hacker, Deutschlands einziger JI-Broker, warnt davor, beim Klimaschutz den Anschluß zu verpassen

# „Der Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten ist eine Chance für die deutsche Wirtschaft“

VDI nachrichten, 20. 11. 98 - Klimaschutz ist machbar. Der geplante Handel mit Emissionsrechten und CO<sub>2</sub>-Reduktionen durch ausländische Projekte ist für die Wirtschaft eine Chance, meint der Berliner Ökonom Jürgen Hacker.

Die drohenden weltweiten Klimaveränderungen sind das größte Umweltproblem unserer nahen Zukunft. Um so erstaunlicher ist, wie oberflächlich und verengt die deutsche Öffentlichkeit die internationalen Klimaschutzverhandlungen wahrnimmt. Dabei sind in Kyoto 1997 und jetzt in Buenos Aires wahrhaft revolutionäre Vereinbarungen getroffen worden. Die Emissionen der einzelnen Staaten an Treibhausgasen, vor allem CO<sub>2</sub>, werden völkerrechtlich verbindlich begrenzt und stufenweise im Laufe der nächsten Jahrzehnte drastisch gesenkt. Beginnen wird es mit der 5-Jahresperiode 2008 bis 2012, für die die Emissionen von vorläufig 38 Industriestaaten auf durchschnittlich 95 % der von diesen Staaten im Jahr 1990 emittierten Mengen begrenzt worden sind.



Ein Zertifikat auf CO<sub>2</sub>: Immer mehr Entwicklungsländer entdecken, wie sich mit Klimaschutz Geld verdienen läßt. So wurde in Costa Rica ein Park aufgeforstet, der über 3 Mio. t CO<sub>2</sub> bindet. Für 5 bis 9 DM pro t CO<sub>2</sub> kann jeder davon Zertifikate kaufen. „Mit dem Preis hat sich Costa Rica aber verschätzt“, so Hacker. Denn im Moment ist das Angebot größer als die Nachfrage. Foto: Sielke

Die Vereinbarung von Kyoto fordert jedoch nicht, daß Industriestaaten ihre Verpflichtungen nur durch Maßnahmen auf dem eigenen Territorium erfüllen müssen, sondern eröffnet vier Alternativen:

1. Zusammenschluß von Industriestaaten zur gemeinsamen Pflichterfüllung,
2. Übertragung von Verpflichtungen zwischen Industrieländern auf Basis konkreter Klimaschutzprojekte (Joint Implementation, JI),
3. Übertragung von Verpflichtungen zwischen Industriestaaten auf Basis handelbarer Emissionsrechte,
4. teilweise Kompensation der Verpflichtungen durch Klimaschutzprojekte in Staaten ohne Reduktionsverpflichtungen.

Mit diesen Instrumenten wird den Industrieländern die Möglichkeit gegeben, ihre Verpflichtungen flexibel in unterschiedlicher internationaler Zusammenarbeit wesentlich kostengünstiger einzuhalten als bei autonomer nationaler Vorgehensweise. In mehreren Gutachten sind Kosteneinsparpotentiale von bis zu 80 % prognostiziert worden.

Erstaunlich ist, wie wenig sich die deutsche Wirtschaft an dieser Diskussion beteiligt. Offenbar benebelt vom inländischen PR-Erfolg der 1995 erklärten Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung, und durch das in den Vordergrund gedrängte Problem der Arbeitslosigkeit glauben die Wirtschaftsverbände, sich jedweder weiteren Klimaschutzregelung entziehen zu können. Doch diese defensive Haltung kann deutsche Unternehmen teuer zu stehen kommen. Letztlich wird sich auch Deutschland dem Beispiel anderer Länder wie der USA, Japans, Australiens, Russlands, Norwegens, aber auch der Mehrheit der EU-Staaten anschließen und international verbundene nationale Systeme handelbarer CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte einführen müssen.

Die genauen Regeln und Modalitäten dafür sind zwar noch nicht formal festgelegt worden, doch lassen sich diese Regeln bereits heute ausreichend genau vorhersehen. Spätestens in zehn Jahren wird jedes

Unternehmen ohnehin direkt oder indirekt durch seine Vorlieferanten über CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte in Höhe der eigenen Emissionen verfügen. Da liegt es nahe, diese Situation bereits heute zu simulieren und zu prüfen, welche Chancen und Risiken in dieser Entwicklung liegen.

Die britische BP simuliert z.B. intern den internationalen Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten mit zunächst zwölf den Gesamtkonzern repräsentierenden Unternehmenseinheiten. Für das Jahr 2003 wurden diesen Bereichen Emissionsrechte für 97 % der 1995 emittierten CO<sub>2</sub>-Fracht zugewiesen. Es bleibt jetzt diesen Firmen

#### Jürgen Hacker

gründete 1986 in Berlin die Umweltmanagementberatung UMB. Seit 1995 spezialisiert er sich auf internationale Klimaschutzprojekte. Hacker ist derzeit Deutschlands einziger Broker für Projekte des sogenannten Joint Implementation (JI), bei denen Unternehmen ihre Verpflichtungen zur Emissionsenkung durch Maßnahmen im Ausland einlösen. Er ist Mitunterzeichner der „Erklärung zur Klimaschutzpolitik“, in der 350 Wissenschaftler ökonomische Instrumente zum Klimaschutz einfordern.

überlassen, durch eigene Reduktionsmaßnahmen oder durch kostengünstigeren Zukauf von anderen Einheiten die gehaltenen Emissionsrechte mit den tatsächlichen Emissionen in Übereinstimmung zu bringen. Die Transaktionen werden registriert und von einem Broker angeleitet.

Noch interessanter sind erste in den angelsächsischen Ländern geplante Angebote an „klimaneutralen“ Produkten auf der Basis von JI-Projekten. Das bemerkenswert Neue an den JI-Projekten ist, daß mit ihnen zu bisher nicht für möglich gehaltenen niedrigen spezifischen Kosten CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden oder aus der Atmosphäre in sogenannten „Senken“, vor allem Wäldern, abgelagert werden können.

Was kostet nun Joint Implementation? Dazu haben wir einen Preisindex berechnet, der zwischen 2 DM und 9 DM/t CO<sub>2</sub> für Waldprojekte sowie zwischen 5 DM und 15 DM/t CO<sub>2</sub> für technische Projekte liegt. Zum Vergleich: Nach Angaben der Energieleitstelle der Berliner Senats-

umweltverwaltung liegen die spezifischen Investitionskosten für Photovoltaikanlagen in Berlin bei rund 1500 DM/t CO<sub>2</sub>, für Windkraftanlagen 170 DM/t CO<sub>2</sub> und für BHKW 120 DM/t CO<sub>2</sub>.

Mit JI-Projekten ließen sich z.B. die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der deutschen Stromerzeugung von 0,7 kg CO<sub>2</sub>/kWh bereits mit ca. 1 Pf pro kWh ausgleichen. Im Gegensatz zu den „grünen“ Stromtarifen mit einem Aufpreis von 20 Pf oder mehr Pfennig pro kWh würde klimaneutraler Strom für nur 1 Pf Aufpreis von wesentlich mehr Verbrauchern angenommen werden. Entsprechend ließen sich die

CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Autofahren mit einem Aufpreis von ca. 3 Pf/l Benzin ausgleichen. Wenn dem Autofahrer garantiert werden würde, daß diese Zusatzerlöse nicht im Staatsäckel verschwinden, sondern damit tatsächlich die Emissionen ausgeglichen werden, wären vermutlich die meis-

ten bereit, diesen Obulus zu entrichten.

Die britische Verbrauchermarktkette Tesco bietet bereits Benzin mit einer „Klimavorsorgegarantie“ zu einem Aufpreis von 1,5 Pence/l an. Mit dem Erlös werden internationale Aufforstungsprojekte finanziert. Von BP und Shell ist bekannt, daß sie ähnliche Vorüberlegungen anstellen. In den USA hat der Joghurt-Hersteller Stonyfield Farm nicht nur intensive Energie-sparmaßnahmen in den Produktionsanlagen durchgeführt, sondern gleicht die verbleibenden CO<sub>2</sub>-Emissionen durch JI-Projekte wesentlich kostengünstiger aus als durch weitere Maßnahmen an eigenen Anlagen.

In Deutschland machen sich bisher nur ganz wenige Unternehmen Gedanken über klimaverträgliche Produkte oder Dienstleistungen. Dennoch ist nächstes Jahr ist in Deutschland mit der Markteinführung der ersten „klimaneutralen“ Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Energieerzeugung, im Transport- und

Reisesektor zu rechnen – mit einem Aufpreis von nur 2 % bis 3 %. Da JI-Projekte nicht von der Stange zu kaufen sind, werden diese Produkte und Dienstleistungen für eine längere Zeit ein entsprechendes Alleinstellungsmerkmal aufweisen und Marktanteile gewinnen – wenn das Konzept vom umweltbewußten deutschen Verbraucher akzeptiert wird.

Unter anderem auch um diese Akzeptanz zu unterstützen, hat die Berliner Senatsumweltverwaltung die Entwicklung des Programms „Kosteneffizienter Klimaschutz durch JI-Projekte“ in Auftrag gegeben. Zur Zeit entwickelt UMB mit den Berliner Partnerstädten Warschau, Prag und Budapest entsprechende kostengünstige JI-Vermeidungsprojekte. Der Umweltsenator wird noch in diesem Jahr die Berliner Unternehmen auffordern, sich daran zu beteiligen, was deren Marktposition stärken wird. Nebenbei kann Berlin dadurch auch sein Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf der Bevölkerung bis 2010 gegenüber 1987 zu halbieren, leichter erreichen.

JÜRGEN HACKER

#### Ihre Meinung

## Biete CO<sub>2</sub>, kaufe Methan?

Angebot und Nachfrage bestimmen den Markt, daran ist jeder gewohnt. Wie aber wäre das mit einem freien Markt für Emissionsrechte? Sollte man überhaupt mit Umweltsch(m)utz handeln dürfen? Was ist, wenn reiche Unternehmen sich von ihrer Verpflichtung zur Emissionsenkung freikaufen? Und wer bleibt letzten Endes auf der Strecke?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:

Redaktion VDI nachrichten,

Leserbriefe

Postfach 101045

40001 Düsseldorf, Fax: 0211/6188-306

E-Mail:leserbriefe@vdi-nachrichten.com